**Zeitschrift:** Der klare Blick : Kampfblatt für Freiheit, Gerechtigkeit und ein starkes Europa

**Herausgeber:** Schweizerisches Ost-Institut

**Band:** 3 (1962)

**Heft:** 25

**Artikel:** Die Hochschuldozenten im kommunistischen System : anerkannt und bevorzugt

**Autor:** [s.n.]

**DOI:** https://doi.org/10.5169/seals-1076781

**Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

**Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

**Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

**Download PDF:** 11.09.2025

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch**

Die Hochschuldozenten im kommunistischen System

# Anerkannt und bevorzugt

Während im kommunistischen System der Primar- oder Mittelschullehrer als «Mädchen für alles» des Regimes figuriert (vergl. Untersuchung KB Nr. 19), ist der Hochschulprofessor der Aristokrat der kommunistischen Gesellschaftsordnung. Seine privilegierte Stellung rührt davon her, dass der kommunistische Staat den Wert von Wissenschaft und Forschung als Machtfaktor richtig erkannt hat. So brauchen fähige Kräfte ihre wissenschaftliche Laufbahn kaum je zu verlassen, um besseren Verdienst oder grössere gesellschaftliche Anerkennung zu finden. Besonders gut gestellt sehen sich Dozenten und Professoren an Hochschulen.

### Guter Lohn

Das Salär eines Universitätsprofessors oder einer entsprechend qualifizierten Fachkraft ist um ein Mehrfaches höher als das Gehalt eines Mittelschullehrers. Der Hochschuldozent kommt in der Sowjetunion auf 400 bis 600 Rubel im Monat, wogegen ein «Durchschnittsintellektueller» 80 bis 90 Rubel und ein Facharbeiter 70 bis 75 Rubel verdient. (Die Kaufkraft eines Rubels entspricht zwei Schweizer Franken. Der Reallohn liegt in allen Fällen höher, da die umfangreichen Sozialleistungen einzuberechnen sind.) Aber neben seinem Grundgehalt hat der Professor noch andere Einkünfte, die oft sehr hoch sind. Ist er Mitglied der Akademie der Wissenschaften (der höchste akademische Grad), erhält er eine zusätzliche Lohnsumme, die das Mehrfache eines Durchschnittsgehaltes ausmacht. Beträchtliche Zuschüsse erhalten auch korrespondierende Akademiemitglieder. Doktoren der Wissenschaft (dieser akademische Grad ist höher zu bewerten als ein Doktortitel bei uns) und Kandidaten der Wissenschaft (auch dieser Grad wird erst nach abgeschlossenem Hochschulstudium erreicht und mag wertmässig etwa mit dem Rang eines Privatdozenten im Westen verglichen werden, ohne dass er freilich notwendigerweise eine Lehrtätigkeit umfasst) beziehen Lohnergänzungen nur auf ihren Titel hin. In beiden Fällen reicht die Summe zum Leben aus, selbst wenn der betreffende Doktor oder Kandidat nicht als Dozent tätig ist.

Die Honoraransätze für wissenschaftliche Publikationen sind ebenfalls verlockend hoch angesetzt. Der Verfasser wird übrigens meist nach Anzahl der Druckbogen bezahlt.

Zur Ausbildung von Aspiranten (Bewerber um den Titel eines Kandidaten der Wissenschaften) erhält der sogenannte «Aspirantenleiter», ein Professor oder Dozent, bestimmte Zulagen. Der Aspirant selbst bezieht übrigens auch dann ein kleines Angestelltensalär, wenn er sich nur seiner These widmet und nicht zugleich etwa als Assistent tätig ist.

Die privilegierte Stellung des Professors äussert sich ferner in dem im kommunistischen System keineswegs selbstverständlichen Recht auf Motorisierung. Hat er selbst kein Auto, so wird ihm vom Staat ein Wagen mit Chauffeur zur Verfügung gestellt, oder er erhält von der Akademie der Wissenschaften eine ausreichende Anzahl von Taxi-Gutscheinen.

Gesellschaftlich betrachtet, nimmt der Hochschullehrer eine sehr geachtete Stellung ein. Er gilt als kaum bestrittene Autorität, allerdings immer unter der Voraussetzung, dass er die vom Regime gestellten Aufgaben erfüllt. Interessant ist die Feststellung, dass (namentlich in den Volksdemokratien) sich jeder Minister mit Hochschulbildung um einen Lehrstuhl irgendwo bemüht. Das ist als Rückversicherung zu verstehen, um nach einem allfälligen politischen Sturz die weniger gefährliche Dozententätigkeit aufzunehmen.

### Die personelle Zusammensetzung

von Lehrkörper und Hochschulpersonal ist im kommunistischen System anders geregelt als bei uns. Von unten nach oben gilt folgender Aufbau: Assistent, Oberassistent («Adjunkt»), Dozent und Professor. Dazu kommen an vielen Hochschulen noch sogenannte «Demonstratoren», junge Lehrkräfte, welche wissenschaftliche und technische Tätigkeiten auf niedrigerer Stufe verrichten. Das System wurde nach sowjetischem Vorbild in den Jahren 1950 bis 1952 auch in den Volksdemokratien eingeführt. Die Begriffe der ordentlichen und ausserordentlichen Professur existieren nicht mehr; die Extraordinarien wurden zu Dozenten. Eine Ausnahme bildet Polen, wo sowohl das alte als auch das neue Unterscheidungssystem nebeneinander bestehen.

Professoren und Dozenten werden auf Antrag von Hochschule und Akademie der Wissenschaften in der Sowjetunion vom Präsidium des Obersten Sowjets, in den Volksdemokratien vom Staatsrat (in Ungarn vom Präsidialrat) gewählt. Die Ernennung des übrigen wissenschaftlichen Hochschulpersonals erfolgt durch das Unterrichtsministerium.

An vielen Hochschulen sind kleinere Lehrstühle zu einer administrativen Einheit zusammengefasst, die üblicherweise von einem Dozenten geleitet wird. Das ist jeweils nicht als Diskriminierung des ranghöhern Professors zu verstehen, sondern nur als Entlastung: er findet mehr Zeit zu wissenschaftlicher Arbeit.

Entsprechendes gilt recht häufig sogar für die Leitung von Universitäten und Fakultäten. So bekleidete in Prag der Universitätsrektor während mehrerer Jahre nur den Grad eines Dozenten, und von den drei juristischen Fakultäten Ungarns werden zwei von Dekanen geleitet, die ebenfalls noch keine Professur haben. Auch hier ist der Gedanke wegleitend, dass die besten Wissenschafter der Hochschule für technisch-administrative Arbeit zu schade sind. Allerdings mag in den Volksdemokratien auch der Grund mitspielen, dass die älteren Professoren meist weniger parteihörig sind als ihre jüngeren Kollegen im Dozentenrang.

### Der Professor ist Lehrer

Im kommunistischen System ist auch der Hochschulprofessor ein richtiger Lehrer. Er zählt keineswegs nur nebenbei als Pädagoge und ist Mitglied der Pädagogengewerkschaft. Die didaktische Arbeit in Ergänzung der wissenschaftlichen Tätigkeit ist ihm als eine Hauptaufgabe gegeben. Dabei hat er das Schwergewicht auf die Erziehung der Studenten (selbstverständlich im Sinne der kommunistischen Partei) zu legen, auf die «Entwicklung der wissenschaftlichen Weltanschauung» usw. Die politisch-erzieherische Arbeit ist genau so wichtig wie die Vermittlung von Fachwissen und die wissenschaftliche Tätigkeit. Dementsprechend ist auch der Student noch ganz und gar «Schüler» und Erziehungsobjekt. Politisch geleitet wird er allerdings nicht nur von den Dozenten, sondern vor allem durch die Hochschulsektionen der KP-Jugendorganisation Komsomol, ferner durch weitere gesellschaftliche Vereinigungen.

Was den Universitäts-Lehrkörper angeht, so scheint er seine erzieherischen Verpflichtungen oft genug als lästig zu empfinden: Jedenfalls mehren sich in letzter Zeit die Parteikritiken an Professoren auf-

---

cherheit der Fall sein. Wenn aber der gewaltsame Tod von Lapusnyik im Sinne eines lückenlosen Beweises ausgeschlossen werden müsste, dann wäre er auf Grund der zwingenden Indizien doch anzunehmen. In diesem Zusammenhang ist ein Hinweis auf die Ermordung des ukrainischen Exilpolitikers Bandera von knapp zwei Jahren in München angebracht. Er verschied an einer Herzlähmung. Der aus politischen Gründen angenommene Mordverdacht konnte durch die medizinischen Untersuchungen nich erhärtet werden. Erst als letzten Herbst ein kommunistischer Agent absprang und den Mord an Bandera auf Geheiss Moskaus eingestand — er hatte dafür noch einen sowjetischen Orden erhalten — konnte das Dunkel erhellt werden. Ist es ein Zufall, wenn kommunistische Kreise seinerzeit für das Ableben Banderas westdeutsche Kreise verantwortlich machen wollten, wie jetzt beim Tode Lapusnyiks der amerikanische Gheimdienst angeklagt wird?

Bandera wurde aus einer präparierten Röhre ein gasförmiges Gift ins Gesicht geschossen, das eine lähmende Wirkung hat und chemisch nicht nachgewiesen werden kann. Jenes Gift, an dem Bandera starb, ist innerhalb weniger Minuten wirksam. Daher ist es im Falle Lapusnyiks auszuschliessen. Aber das Beispiel zeigt, dass die kommunistischen Agenten über neuartige Waffen und Methoden im kalten Krieg verfügen, die nicht unterschätzt werden dürfen.

In diesem Zusammenhang verstärken einige weitere Tatsachen die berechtigte Besorgnis um die Sicherheit der freien Welt. Der eben verurteilte Josef Papp ist erwähnt worden. Er war angeklagt, die Verschleppung eines kürzlich geflüchteten ungarischen Soldaten namens Farkas nach Ungarn versucht zu haben. In der Gerichtsverhandlung widerrief Farkas seine Aussagen; die Vermutung liegt nicht weit, dass er bedroht worden ist. Ein anderer Ungar, Dr. Aurel Abranyi, konnte übrigens vor nicht allzu langer Zeit aus seiner Wohnung in Wien entführt werden und ist seither hinter dem Eisernen Vorhang verschwunden.

Diese Beispiele zeigen unmissverständlich, dass die Sicherheitsvorrichtungen in der freien Welt nicht vernachlässigt werden dürfen. Die Angst vor Terror und Repressalien droht mit jedem neuen Fall dieser Art lähmender zu werden.

fällig, weil in dieser Hinsicht auf den Hochschulen zu wenig geleistet werde.

### Planwirtschaftliche Bürokratie

Nun kann aber auch ein privilegierter Beruf im kommunistischen System der planwirtschaftlichen Zwangsjacke nicht entrinnen. Professoren und Dozenten müssen sich ebenfalls einer Menge an sich überflüssiger administrativer Arbeit unterziehen. Sie haben ihre individuellen Pläne zu entwerfen, und zwar im Rahmen der Fakultätspläne. Der wissenschaftliche Plan auf Hochschulebene gehört als organischer Teil zur Planung der entsprechenden Abteilung der Akademie der Wissenschaften, und dieses Programm wird seinerseits wiederum vom Volkswirtschaftsplan (Jahresplan im Rahmen der Fünf- oder Siebenjahrespläne) bestimmt.

Die Ausarbeitung der individuellen Wissenschaftspläne geschieht folgendermassen: Der Volkswirtschaftsplan, beziehungsweise sein Projekt, sieht eine Anzahl von Problemen vor, die von den Wissenschaftern zu lösen sind. Das entsprechende Staatskomitee und die Akademie der Wissenschaften bereiten auf Grund dieses Entwurfs die Liste der wichtigsten wissenschaftlichen Forschungsaufgaben vor. Der Plan der Akademie und ihrer Abteilungen beruht auf dieser Zusammenstellung. Die einzelnen Hochschul-Fakultäten entwerfen ihren Plan im Rahmen der Programms der entsprechenden Akademie-Abteilung. Auf der nächstunteren Stufe stehen dann die Lehrstuhlpläne und schliesslich die persönlichen Pläne der Professoren und Dozenten. Ueber die Planerfüllung haben sie jährlich zweimal Bericht zu erstatten. Die Kontrolle ist recht streng. Wer sein Soll nicht erreicht, erhält einen Verweis. Die Forschungspläne sind meist kollektiv, da individuelle Forschung im kommunistischen System meist nicht gern gesehen wird (diese Faustregel kennt freilich etliche Ausnahmen). Jedenfalls aber stellt die planwirtschaftliche Bürokratie eine erhebliche Belastung der akademischen Lehrtätigkeit dar.

Laut einer kürzlichen Instruktion des sowjetischen Hochschulministeriums gilt als Grundlage der individuellen Pläne ein Arbeitstag von sechs Stunden.

Verschiedentlich wurde der Versuch unternommen, auch die Professorentätigkeit bestimmten Arbeitsnormen zu unterwerfen. So suchte man die Vorbereitungszeit für Vorlesungen zu schablonieren, ebenso den Zeitaufwand für Examen und Sitzungen. Immerhin wurden diese mit wissenschaftlicher Arbeit kaum zu vereinbarenden Normierungsbestrebungen jetzt abgeblasen. In der oben erwähnten Instruktion erklärte der sowjetische Hochschulminister, die Universitäten seien nicht mehr verpflichtet, die vom Lehrkörper und wissenschaftlichen Personal geleistete Arbeit in Stunden umzurechnen und entsprechend zu belegen. Das bedeutet nicht, dass auf eine diesbezügliche Kontrolle verzichtet wird. Vielmehr hat die Leistungsregistrierung in Formen stattzufinden, die von den Hochschulen aufgestellt werden müssen (Amtsblatt des sowjetischen Hochschulministeriums, Nr. 1, 1962.).

### Überalterungsgefahr

Professoren und Studenten können ihr Amt lange ausüben, da für sie das allgemeine Pensionierungsalter von 65 Jahren nicht gilt. Achtzigjährige praktizierende Professoren sind keine Seltenheit. Professor Strumilin etwa, der führende sowjetische Nationalökonom, ist mit seinen 85 Jahren immer noch aktiv. Ein allgemeiner Brauch (oder Missbrauch) besteht darin, dass sich die Professoren erst pensionieren, dann aber wieder reaktivieren lassen, wodurch sie zur vollen Pension kommen und gleichzeitig weiterhin ihr volles Gehalt beziehen. Dieses Vorgehen wird in keiner anderen Berufskategorie zugelassen, ist aber hier die Regel.

Der an sich wünschenswerten Ausnützung wissenschaftlicher Erfahrung steht bei dieser Sachlage die Gefahr einer gewissen «Vergreisung» gegenüber. Die Presse beginnt diese Erscheinung als nachteilig für die Zukunft darzustellen. Vor eineinhalb Jahren wurde ein Bericht über das Alter der Professoren an der technologischen Hochschule Moskaus veröffentlicht (mit der Bemerkung, dass die Lage an den übrigen Hochschulen und Universitäten nicht viel anders sei). Demnach beträgt das Durchschnittsalter der Professoren 60 Jahre. Nur elf Prozent der Doktoren der Wissenschaften sind weniger als 50 Jahre alt.

Aehnlich verhält es sich in den Volksdemokratien. An den polnischen Hochschulen gibt es 3500 Professoren und Dozenten. Ihr Durchschnittsalter beträgt mehr als 60 Jahre. Die grosse Schar der 14 000 Assistenten und Oberassistenten kann nicht vorwärtskommen und erhält zu wenig Gelegenheit zum Sammeln wissenschaftlicher Erfahrungen und zur Weiterbildung.

Doch fällt diese nachteilige Tendenz wohl weniger ins Gewicht als die Tatsache der allgemeine Förderung der Wissenschaften (vergl. auch KB Nr. 19, S. 5). Die planwirtschaftlichen Anstrengungen des kommunistischen Systems mögen ihre lächerlichen Seiten haben. Vom Westen aber sind sie ernstzunehmen.

**Versorgung**

UdSSR

## Ideologischer Fischfang

Fast gleichzeitig mit dem peinlichen Geständnis über die katastrophale Lage der sowjetischen Viehzucht und mit der dadurch bedingten Einführung von massiven Preiserhöhungen für Fleisch, Geflügel, Fleischprodukte und Butter, fassten das Zentralkomitee der Partei und der Ministerrat einen Beschluss «Ueber Massnahmen zur Steigerung des Fischfanges und der Fischproduktion». Bevor der vollständige Text dieses Beschlusses vorlag, hat man geglaubt, dass durch die Erhöhung der «Fischproduktion» der akute Fleischmangel etwas kompensiert werden soll. Jetzt steht aber fest, dass es sich bei diesem Beschluss um ein neues Geständnis handelt, welches die ungenügende Versorgung der Bevölkerung mit Fischen betrifft.

Die im Beschluss erwähnte «Steigerung» ist so zu verstehen, dass die Bedürfnisse der Bevölkerung nach Fischprodukten endlich befriedigt werden sollen. «Pravda» schreibt, dass im Jahre 1961 solche wichtige Fischereigebiete, wie die Gebiete von Leningrad, Kaliningrad, Lettland, Litauen (also das ganze Ostsee-Fischereigebiet) sowie das Wirtschaftsgebiet von Dagestan (Kaspisches Meer), ihre Produktionspläne nicht erfüllt haben. Im Regierungsbeschluss wird auch kritisiert, dass der grösste Teil der Fische gesalzen oder konserviert wird, während die Bevölkerung frische Fische verlangt.

Neben der Feststellung des Unvermögens, die Bevölkerung mit Fischen zu versorgen, enthält dieser Beschluss der höchsten Partei- und Regierungsgremien die «sensationelle» Entdeckung: «Die Fische sind ein wertvolles Nahrungsmittel». Zur Vergrösserung der Fischproduktion wird unter anderem empfohlen, die lokalen Quellen besser auszunützen: die Teiche, die kleinen Flüsse und die Stauseen. Dass man in den Teichen und in den Stauseen keine Fischereiflotten einsetzen kann, verstehen wohl auch die Fischereispezialisten im Zentralkomitee der Partei, also, im Zeitalter der Mechanisierung und der schwimmenden Konservenfabriken — zurück zur Angelrute.

Daneben wird wieder die Methode empfohlen, die schon bei den Kälbern und Schafen versagt hat, man fordert «eine zweckmässige Verteilung der Parteimitglieder auf den Fischereischiffen» und verpflichtet die Parteiorganisationen, die Fischer vermehr ideologisch zu bearbeiten. «Pravda» schreibt in einem Leitartikel: «Das wichtigste ist die massenpolitische und ideologische Arbeit auf den Schiffen, eine gründliche Aufklärung über die historischen Beschlüsse des 22. Parteitages und über das Programm der KPdSU, die Erziehung der Fischer im Geiste des sowjetischen Patriotismus.»

Obschon diese Methode, die seit Jahrzehnten angewendet wurde, in der Landwirtschaft zu keinem Erfolg führte, will man sie nun in der Fischerei fortsetzen. Ob das eine ehrliche Verirrung oder eine Irreführung der Oeffentlichkeit ist, ist für den sowjetischen Verbraucher ohne Bedeutung. Er weiss aus bitterer Erfahrung, dass er heute, fast ein halbes Jahrhundert nach der kommunistischen Machtergreifung, immer noch weniger Fleisch, Butter, Fische, Textilwaren usw. hat als der Konsument im Westen, wo man ohne Studium der letzten Parteibeschlüsse und ohne spezielle ideologische und patriotische Erziehung der Melker und Textilarbeiter, der Fischer und Schweinehirten auskommt.

## Unverkäufliche Waren

Die Partei- und Regierungsbeschlüsse, die Texte der Reden der Parteiführer und die Leitartikel der sowjetischen Zeitungen über die dringende Notwendigkeit der Verbesserung der Qualität der Konsumwaren könnten Bände füllen. Trotzdem produzieren die sowjetischen Textilfabriken, Kleiderfabriken, Schuhfabriken und andere Konsumwarenfabriken weiterhin zum grossen Teil Ausschusswaren.

In den Jahren 1958—1961 nahm der Warenumsatz im sowjetischen Innenhandel um 24 Prozent zu, gleichzeitig nahm aber die Menge der in den Verkaufsgeschäften aufgestapelten sogenannten unverkäuflichen Waren um 70 Prozent zu («Pravda», 12. Juni 1962). Die vielgerühmte Mehrproduktion, die in allen statistischen Produktionstabellen als erfolgreiche Planerfüllung dargestellt wird, verschwindet also zum grossen Teil in den Lagerräumen der Verkaufsgeschäfte, weil sie mangelhaft ist.

Abgesehen davon, dass zum Beispiel die sowjetischen Kleider- und Schuhfabriken niemals mit der Mode Schritt halten können, «schenken sie wenig Aufmerksamkeit